

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Am vergangenen Freitag haben wir den Tag der Deutschen Einheit gefeiert. Seit die staatliche Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 vollendet wurde, können wir dies gemeinsam in Ost und West, in Nord und Süd tun. Überwunden waren kalter Krieg, deutsche Teilung und das Unrechtsregime der SED. In wenigen Wochen feiern wir die 25jährige Wiederkehr des Falls der Mauer und werden daran erinnern, welche Ereignisse diesem epochalen Umbruch vorausgegangen sind.

Seit dieser Zeit haben die Menschen in unserem wiedervereinigten Land eine Gegenwart geschaffen, die viele nach den Jahrzehnten der brutalen Teilung nicht für möglich gehalten haben. Deutschland steht so stark, so wettbewerbsfähig und so innovativ da wie kaum zuvor. Aktuelle Untersuchungen belegen den eindrucksvollen Erfolg der wirtschaftlichen Erholung in den neuen Ländern. Unser Land hat die Teilung und die bitteren Folgen der langen sozialistischen Misswirtschaft schon heute weitestgehend überwunden. Deswegen war es gut, dass wir uns in dieser Plenarwoche im Schwerpunkt mit dem aktuellen Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit befasst haben.

Die Erfolge können sich sehen lassen. Sie lassen sich nicht nur an den Fassaden der Städte und Dörfer in den neuen Ländern ablesen. Der Bericht zur Deutschen Einheit unterstreicht: Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall ist die Lebensqualität in Ost- und Westdeutschland weitgehend angeglichen, die Infrastruktur ist modernisiert und die ostdeutsche Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament.

Gleichzeitig ist dieses erste Vierteljahrhundert des wiedervereinigten Deutschlands eine gute Gelegenheit, anerkennend auf die Leistung der Menschen in Deutschland – in Ost und West – zu blicken, die diese Wiedervereinigung ihres Vaterlandes gewollt und erreicht und ihre Heimat zu einem so innovativen, erfolgreichen und lebenswerten Land gemacht haben.

Allerdings kann man Deutschland nicht mit den Kräften von gestern voranbringen. So wollen die Ewiggestrigen der Linkspartei uns vergessen machen, wie ungerecht und menschenverachtend die SED ihren absoluten Machtanspruch durchgesetzt hat: Mit Mauer und Stacheldraht, mit Schießbefehl und Selbstschussanlagen – auf Kosten vieler Toter, Eingesperrter, Verfolgter und bis heute traumatisierter Stasi-Opfer. Wer meint, hier nicht von einem Unrechtsstaat sprechen zu können, will verschleiern, was Sozialismus tatsächlich war und welches Leid die „*Diktatur des Proletariats*“ über Land und Menschen gebracht hat. Daher wäre es unverständlich und auch völlig unhistorisch, wenn ausgerechnet der Teil „*Bündnis 90*“ der Grünen sich jetzt daran beteiligen würde, der Linkspartei die Regierungszentrale im Freistaat Thüringen auszuliefern.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Rede im Bundestag zu Karenzzeiten für ausgeschiedene Regierungsmitglieder

Gestern Abend habe ich Plenum des Bundestages zu den Anträgen der Opposition zu Karenzzeiten für ausgeschiedene Regierungsmitglieder gesprochen. Einen Link zu meiner Rede stelle ich Ihnen [hier](#) gerne zur Verfügung. In der Sache wird die Bundesregierung in Kürze einen Regierungsentwurf vorlegen, der einen verlässlichen Gesetzesrahmen schaffen wird. Wenn die Spielregeln klar und nachvollziehbar sind, halte ich den Wissens- und Personaltransfer zwischen Politik, Wirtschaft und NGOs für richtig und wichtig.

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Zukunftsfähige Rüstungsbeschaffung für unsere Soldatinnen und Soldaten

Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen hat Anfang der Woche eine umfangreiche [Bestandsaufnahme und Risikoanalyse](#) zentraler Rüstungsprojekte der Bundeswehr vorgelegt. Die externen Gutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Beschaffung und Management der Rüstungsvorhaben zu verbessern sind. Klar ist, dass es sich um keine einfache Aufgabe handelt, da Beschaffung und Entwicklung von Rüstungsgütern sowie deren Management besonders komplex sind.



© Bundeswehr/EADS

Deshalb müssen wir uns auf einen langen Prozess der Optimierung einrichten. Mit schnellen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Versäumnisse aus der Vergangenheit werden auch in Zukunft zu Tage kommen. Deswegen ist es richtig, sich auf diesen langen Weg zu machen und die Entscheidungen gründlich vorzubereiten. Dies ist besonders im Interesse unserer in zahlreichen internationalen Einsätzen tätigen Soldatinnen und Soldaten wichtig. Sonst gilt bald wieder der Satz: „Nach der Reform ist vor der Reform.“

Kommunalpolitische Forderungen für die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Durch meine langjährige kommunalpolitische Tätigkeit liegt mir das (finanzielle) Wohl der Kommunen in der StädteRegion in besonderem Maße am Herzen. Die in dieser Woche von der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik unserer Fraktion, der ich auch angehöre, vorgestellten [Eckpunkte für die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen](#) unterstütze ich voll und ganz.

Im Wesentlichen fordern wir, dass die Bundesländer noch verlässlicher ihrer Verpflichtung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung ihrer Kommunen nachkommen und dass sie mit den dafür vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln nicht ihre eigenen Haushaltslöcher stopfen. Insbesondere angesichts der Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2020 auch für die Länder gilt, muss jederzeit sichergestellt werden, dass jeder Cent, den der Bund zusätzlich für die Kommunen ausgibt, auch vollumfänglich bei diesen ankommt.

Ost und West wachsen wirtschaftlich weiter zusammen

Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich in den neuen Ländern seit 1991 fast verdoppelt – das Wachstum fällt dabei in diesem Zeitraum in etwa so stark aus wie das in Westdeutschland zur Zeit des Wirtschaftswunders. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie [„In der Normalität angekommen – Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall“](#) von KfW Research. Das bereinigte Pro-Kopf-Einkommen liegt im Osten inzwischen bei 89 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Zwar gibt es immer noch erhebliche regionale Unterschiede zwischen Ost und West – etwa bedingt durch die vorhandene Branchenstruktur –, diese sind aber inzwischen nicht mehr größer als im Rest der G7-Staaten. Als zentralen Grund für die dynamische Entwicklung Ostdeutschlands führt die Studie insbesondere die rund 1,6 Billionen Euro an, die seit 1991 von Unternehmen, Kommunen und privaten Bauherren dort investiert wurden. Als größte Herausforderungen für die Zukunft werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der demographische Wandel gesehen.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 16/14 10. Oktober 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)